



*Es gilt das gesprochene Wort*

**Tagung „Aktionspläne – lokal, vernetzt, innovativ. Erfahrungen und Praxiseinblicke“ vom 1. September 2011, Bern**

**Grussbotschaft von Alexander Tschäppät, Stadtpräsident Bern**

Sehr geehrte Damen und Herren

Werte Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung

Dieses Jahr ist ein Jubiläumsjahr für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts vor 40 Jahren bildete die Schweiz zwar das europäische Schlusslicht, hat in kurzer Zeit aber den Rückstand aufgeholt und den Anschluss ans Mittelfeld geschafft. Die anwesenden Gäste aus Deutschland mögen sich hier erstaunt die Augen reiben, feiern sie doch schon bald 100 Jahre Frauenstimmrecht (2018).

Entgegen ihrem Ruf machten Stadtbernerinnen und -berner in der Politik rasch vorwärts: bereits 1970, ein Jahr vor der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts auf eidgenössischer Ebene, wählten sie die Bürgerliche Ruth Geiser Im Obersteg als erste Frau in die Regierung und im Jahr darauf gleich mehrere Frauen ins Parlament.

Bis zur ersten Frauenmehrheit in der Regierung dauerte es hingegen weitere zwanzig Jahre: 1993–96 regierten in der Stadt Bern erstmals 4 Frauen und 3 Männer. Seit 2005 besteht der auf 5 Mitglieder verkleinerte Gemeinderat aus drei Frauen und zwei Männern. Mit einem Frauenanteil von 46% setzt sich auch das Stadtparlament nahezu ausgewogen

zusammen und wird darin nur gerade von Genf übertroffen. Das Berner Stimmvolk hat damit wiederholt seinen Willen kundgetan, Frauen wie Männern gleichermassen politische Verantwortung zu übertragen. Das bleibt hoffentlich so.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist jedoch nicht überall so weit fortgeschritten wie in der Politik. Die Stadt Bern nimmt aber schon für sich in Anspruch, in Sachen Gleichstellung die Nase vorn zu haben. Mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, der Förderung von Teilzeitarbeit auch im Kader und für Männer sowie drei Wochen Vaterschaftsurlaub profiliert sich die Stadt Bern seit längerem als attraktive Arbeitgeberin. 2002 wurde sie für ihre gleichstellungsfördernde Personalpolitik mit dem „Prix Egalité“ des Kaufmännischen Verbands Schweiz (KVSchweiz) ausgezeichnet.

Es freut mich ausserordentlich, dass der Preis, der nur alle drei Jahre vergeben wird, auch in diesem Jahr wieder an eine städtische Institution geht, nämlich ans Kompetenzzentrum Jugend und Familie Schlossmatt für seine geschlechterbewusste pädagogische Arbeit in den letzten Jahren. Mehr dazu verraten Ihnen Michel Broccard, Leiter des Kompetenzzentrums, und seine Mitarbeiterinnen am Nachmittag.

Laut verschiedenen Rankings ist Bern eine der Städte mit der höchsten Lebensqualität. Dazu trägt auch der Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern bei. Nirgendwo in der Schweiz ist der Anteil an Familien, in denen beide Eltern Teilzeit arbeiten, so hoch wie in Bern – nämlich jedes achte Elternpaar mit Kindern unter 7 Jahren. Das ist zugegebenermassen nicht nur das Verdienst städtischer Politik sondern auch weiteren familienfreundlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern auf dem Platz zu verdanken. Mit einem kontinuierlichen Ausbau der Kinderbetreuung im Vorschulalter und einem flächendeckenden schulergänzenden Betreuungsangebot unterstützt die Stadt Eltern darin, die Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit frei zu gestalten. Die steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen übertrifft aber nach wie vor das Angebot.

Dreissig Jahre sind es her seit der Verankerung der gleichen Rechte und des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ in der Verfassung. Hier gibt es bekanntlich wenig Grund zum Feiern. Schweizweit tut sich die Lohnschere erstmals wieder auf. Die Stadt Bern überprüft als eine der wenigen, wenn nicht als einzige Verwaltung regelmässig die Einhaltung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Und sie spricht darüber. Auch dann, wenn die Resultate zwar noch im grünen Bereich, aber doch weniger erfreulich sind als bei der letzten Überprüfung. Der Gemeinderat hat die neusten Ergebnisse letzte Woche zur Kenntnis genommen und beschlossen, dem Lohngleichheitsdialog beizutreten.

Wir gehen aber noch weiter: wir wollen sicher sein, dass wir mit Steuergeldern keine Lohndiskriminierung unterstützen. Künftig werden wir deshalb auch bei den Auftragnehmenden im Bereich der Beschaffungen und bei den Leistungsverträgen einen Nachweis über die Einhaltung der Lohngleichheit verlangen.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Jubiläum hinzufügen: dieses Jahr feiert auch die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann ihr 15-jähriges Bestehen. Und sie blickt, wie das 15-Jährige tun, die langsam aber sicher den Kinderschuhen entwachsen, um sich und nach vorn, in die Zukunft.

Die Fachstelle lädt heute ein zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung, auch über die Landesgrenze hinaus. Ich freue mich, dass die Vertreterinnen aus Berlin (Dr. Gabriele Kämper), Heidelberg (Dörthe Domzig) und Zürich (Martha Weingartner) sich auf diesen Austausch einlassen.

Mit dem Aktionsplan war der Wunsch verbunden, eine gemeinsame Plattform für die städtische Gleichstellungsarbeit zu schaffen. Das ist, soviel lässt in der Halbzeit bereits sagen, gelungen. Nutzen Sie auch den

heutigen Tag als Plattform: denn nur durch kritisches Hinterfragen, gegenseitiges Lernen, lustvolles Weiter- und hin und wieder Querdenken kommen wir weiter – in der Gleichstellungsarbeit wie anderswo auch.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine anregende Tagung.